



Chefsache: OB Ullrich Sierau (Mitte) bündelt die verschiedenen Anlaufstellen in seinem neuen Geschäftsbereich „Bürgerinteressen und Zivilgesellschaft“ innerhalb des OB-Amtes. Foto: Knut Vahlensieck

OB öffnet Rath austüren für Anliegen der Bürger - Anlaufstellen sollen sich ihrer Wünsche annehmen

## Sieraus „Zivilgesellschaft“

Gregor Beushausen

Es war an Ursula Wirtz, ein paar Tropfen Wasser in den Wein zu gießen: Sie wollte die Ernsthaftigkeit des Anliegens von OB Ullrich Sierau nach mehr Bürgerbeteiligung nicht in Zweifel ziehen, hob die Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Fluglärm an. Nur frage sie sich, welchen Sinn ein Dialog zwischen Bürgern und den Akteuren in der Verwaltung habe, wenn im Vorfeld schon Nägel mit Köpfen gemacht würden?

Mehr als 20 Stunden hätten sich Gegner und Befürworter des Flughafen-Ausbaus an „Runden Tischen“ ausgetauscht - um letztlich zur Kenntnis nehmen zu müssen, dass der Rat eben doch für längere Flugzeiten votiert habe. „Was“, so Wirtz, „bleibt da also noch zu klären?“ Die Frage sei doch, ob die Ergebnisse solcher Bürgerbeteiligungen eben auch von der Politik

(sprich: vom Rat) akzeptiert würden.

Die Frage finde auch er spannend, entgegnete Sierau. Politik sei immer noch „die Kunst des Kompromisses“, und der Antrag zur Ausweitung der Flugzeiten sei immer noch weniger, als einige andere gewollt hätten. Es könne

**»Ich habe keinen erlebt, der gesagt hätte: Wir vergeuden unsere Zeit.«**

sich nicht jeder stets zu 100 Prozent durchsetzen. Aber die Dialogveranstaltungen hätten erkennbar dazu geführt, dass der gegenseitige Respekt zwischen Ausbaugegnern und -befürwortern gewachsen sei. Sieraus Credo: Egal, um welches Problem es geht - je größer die Beteiligung der Bürger, desto größer würden Transparenz und Akzeptanz einer Entscheidung. „Ich habe noch kei-

nen erlebt, der gesagt hätte: verlorene Zeit.“

Der Einwand von Ausbaugegnerin Ursula Wirtz (die Schutzgemeinschaft zählt zu den stärksten Initiativen) zeigt, dass Sieraus Modell von Partizipation und Bürgerbeteiligung, wie er es im OB-Wahlkampf versprochen hatte, eben auch an Grenzen stößt. Sierau, der selbst seit seinem 17. Lebensjahr in Bürgerinitiativen mitgemischt hat, schwebt eine „starke Zivilgesellschaft“ vor, in der möglichst alle eingebunden sind. Abseits der üblichen, streng bürokratischen Wege der Bürgerbeteiligung (etwa bei B-Planverfahren oder Planfeststellungen) öffnet Sierau die Rathausportalen für Bürger, die in den Aufzug steigen und bei den nunmehr zehn verschiedenen Anlaufstellen ihre Anliegen vorbringen können. Migrantorganisationen finden sich in dem Reigen der Koordinierungsstellen ebenso

wieder wie Schwule und Lesben. Es gibt die Freiwilligenagentur, das Büro für Anregungen und Beschwerden - und seit Neuestem den Job der „Ombudsfrau für Bürgerinitiativen“, Michaela Bonan. Sie will den derzeit 18 Bürgerinitiativen, die alle ihre ganz eigenen Anliegen haben, Genüge tun und „frühzeitig mehr Sensibilität für ihre Wünsche in die Fachbereiche tragen.“ Natürlich weiß sie zu gut, dass sie „nicht für jedes Problem die Lösung in der Schublade haben wird.“ Zur Not will sie laufen anstelle des Bürgers und Lösungen finden, bevor es Konflikte gibt.

Darauf baut beispielsweise Stephan Kottkamp von „Vor Ort“. „Frühzeitig zu informieren“ sei ganz wichtig. Frank Siekmann (Schwul-lesbischer Arbeitskreis) hofft, „dass wir im Rathaus ernst genommen werden“ - ein Eindruck, den er zuletzt nicht immer gehabt habe. **Kommentar**